Der Harz-Bote.

Amtliches Blatt der Stadt Elbingerode und Umgegend.

Erscheint wöchentlich zwei mal, Mittwochs und Sonnabends. — Abonnements-Preis vierteljährlich 1 Mark — durch die Kaiserliche Post bezogen 1 Mark 25 Pfg.
Corpuszeile oder deren Raum 10 Pfg. nach Auswärts 15. — Anzeigen für die nächste Nummer werden in der Buchdruckerei in Elbingerode, in Wernigerode bei B. Angerstein bis Montags und Donnerstags, abends 7 Uhr, angenommen.

Nr. 46. **Sonnabend, den 10. Juni** **1893.**

Zur Reichstagswahl.

⊙ **Elbingerode**, 6. Juni. In der Zeit des Wahlkampfes, in welchem wir uns jetzt befinden, wird es nicht unangemessen sein, noch einmal auf die beiden bisher am hiesigen Orte stattgefundenen Wahlversammlungen zurückzukommen. Am Sonnabend, den 3. Juni hielt der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, Herr Stadtsyndikus Quensel aus Goslar im Liebetrut'schen Saale eine Ansprache an die Wähler unserer Stadt. Die Rede, der Form nach ungewandt, war auch in Rücksicht auf den Inhalt äußerst dürftig. Man merkte es dem Redner an, daß er den Stoff nur mangelhaft beherrschte, denn anderenfalls hätten die einzelnen Punkte wohl mit größerer Klarheit vorgebracht und der Zusammenhang besser gewahrt werden können. Geradezu unangenehm berührten die persönlichen Angriffe, welche Herr Quensel gegen den Fürsten Bismarck, gegen den Herrn Oberbergrat Engels und gegen die Landwirte des Goslarer Bezirks richtete. Auch mag nicht unerwähnt bleiben, daß die Rechenexempel, welche vom Redner zwecks Erhärtung seiner Deduktionen ausgeführt wurden, nach dem Dafürhalten mehrerer hiesiger Bürger nicht ganz zutreffend waren. Alle diese Umstände kamen zusammen, um die Rede vollkommen wirkungslos zu machen. Etwaige Einwände von seiten der Zuhörer wurden durch ein voreiliges Schließen der Versammlung vorsichtigerweise verhütet. —

Der klägliche Verlauf der freisinnigen Wahlversammlung hatte jedoch das Gute, daß er einen sehr wirkungsvollen Hintergrund für die Wahlversammlung des folgenden Tages abgab. Am Sonntag, den 4. Juni hatten wir das Vergnügen, Herrn Oberbergrat Engels, den Kandidaten der vereinigten konservativ-nationalliberalen Wähler des dreizehnten hannoverschen Wahlkreises zu hören. Nachdem die Versammlung von Herrn Bürgermeister Hanff durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnet war, entwickelte Herr Oberbergrat Engels in einer längeren Rede seine Stellung zur Militärvorlage, sowie zu verschiedenen anderen Fragen, deren Lösung die Aufgabe des neuen Reichstages sein wird. Was die Militärvorlage betrifft, so trat der Redner für den Antrag Huene ein, welchen ja auch die Regierung zu ihrem ihrigen gemacht hat. Die numerische Ueberlegenheit der französisch-russischen Armee mache eine Verstärkung des Heeres unbedingt notwendig. Der Dreibund sei zwar in Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens nicht zu unterschätzen, gäbe aber dem deutschen Volke im Kriegsfalle keinerlei Garantie. Dasselbe müsse auch allein wehrhaft genug sein, um beiden Gegnern im Notfalle die Spitze bieten zu können. Die Ablehnung der Militärvorlage könne im Kriegsfalle das größte Unglück über unser Vaterland heraufbeschwören. Was uns im Falle eines unglücklichen Krieges bevorstehe, gehe aus den französischen und russischen Blättern deutlich hervor. Besonders aber würde der kleine Mann unter der Kriegsnot zu leiden haben; denn er sei nicht im Stande, sein Hab und Gut ins Ausland zu retten und daher der Willkür des Feindes völlig preisgegeben. Die Mehrkosten, welche eine Verstärkung der Armee im Sinne der Lex Huene fordern würde, würden sich auf etwa 65 000000 Millionen belaufen. Die Regierung habe diese Kosten durch eine Bier-, Branntwein- und Börsensteuer decken wollen, doch sei eine weitere Besteuerung des Bieres und des Branntweins nicht zu empfehlen, da alsdann die kleineren Betriebe mit den größeren nicht mehr konkurrieren könnten. Eine Börsensteuer sei dagegen ganz berechtigt, vor allem seien alle Spekulationsgeschäfte mit einer Steuer zu belegen. Auch eine Luxussteuer würde sehr angebracht sein. Der Vorwurf, welcher der Regierung gemacht werde, daß das stehende Heer alle Staatseinnahmen verschlinge und für andere Kulturaufgaben nichts übrig bleibe, sei entschieden zurückzuweisen. Große Summen seien z. B. auch für die Volksschule ausgegeben. Was in Deutschland seit 1872 für die Armen aufgewandt sei, stehe außerdem in gar keinem Verhältnis zu dem, was in Frankreich und Rußland zu gleichem Zweck aufgewandt sei. In Betreff der zweijährigen Dienstzeit führte der Redner aus, daß dieselbe besonders aus dem Grunde zu empfehlen sei, weil in Folge der zahlreicheren Ausbildung bald eine genügende Anzahl jüngerer Mannschaften vorhanden sein werde und folglich auch die älteren Jahrgänge, also vor allem auch die der Landwehr angehörigen Familienväter, immer mehr nur in einem wirklichem Notfalle zurückgegriffen werden würde. Weiter sprach sich der Redner über seine Stellung zu den Handelsverträgen aus. Er sprach denselben hauptsächlich eine hohe politische Bedeutung zu, besonders sei ein Handelsvertrag mit Rußland für die Anbahnung besserer Beziehungen mit unserem östlichen Nachbarn von großer Wichtigkeit. Doch seien die politischen Rücksichten allein nicht maßgebend, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen, wie denen des Gewerbes und der Landwirtschaft, müsse Rechnung getragen werden. Nach der Entwicklung seines Parteiprogramms wandte sich der Redner an die etwa anwesenden Mitglieder anderer Parteien. Zunächst machte er darauf aufmerksam, daß es eine deutschfreisinnige Partei nicht mehr gebe, sondern nur eine sogenannte freisinnige Volkspartei und eine freisinnige Vereinigung. Die eine Stimme für, die andere gegen die Militärvorlage. Beiden müsse zum Vorwurf gemacht werden, daß sie im Dienst des jüdischen Kapitals ständen. In betreff der welfischen Partei schien es ihm bedenklich, daß der hannoversche Adel sich den Ultramontanen angeschlossen habe, denen das „katholisch" über das „deutsch" gehe. Er verdanke es zwar keineswegs einem Althannoveraner, wenn er für die Erhaltung der alten, bewährten hannoverschen Einrichtungen im Staate und seinem angestammten Fürstenhause die Anhänglichkeit bewahre; aber augenblicklich handle es sich um höhere, als nur tribunale, um deutsche Interessen, und da müßten alle anderen Regungen schweigen. Mit sehr passenden Worten wurden die Sozialdemokraten abgethan. Redner entwarf ein Bild von dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat, der unsere modernen Zuchthäuser noch an Beschränkung der persönlichen Freiheit übertreffe, und wies darauf hin, daß durch die Verwirklichung der Phantasien eines Bebel und Genossen Alles das untergraben würde, was dem Menschen jetzt das Leben erträglich und angenehm mache. Die Rede schloß mit der nochmaligen Aufforderung bei der bevorstehenden Wahl allein das allgemeine deutsche Interesse im Auge zu behalten und aller Nebenrücksichten zu vergessen.

Nach Schluß der Rede sprach Herr Bergrat Schultheiß-Rothehütte dem Redner den Dank der Anwesenden aus in Gestalt eines dreifachen Hochs, in welcher die Versammlung begeistert miteinstimmte. Nicht zum wenigsten war der Beifall, welchen die Rede des Herrn Oberbergrat hervorrief, die Folge seiner überaus klaren und rein sachlichen Behandlung des Thema: Man gewann die Ueberzeugung, daß der Redner sich eingehend mit den verschiedenen Vorlagen beschäftigt hat und reichlich bemüht gewesen ist, sich lediglich vom Standpunkt des Volkswohles aus ein Urteil zu bilden. Herr Oberbergrat Engels gehört nicht, wie er selbst in seiner Rede bemerkte, der äußersten Rechten der Konservativen an, sondern ist freikonservativ d. h. an kein bestimmtes Parteiprogramm gebunden. Gerade diese freiere Stellung wird es ihm ermöglichen, den mannigfachen Interessen unseres Volkes gerecht zu werden, wem des Vaterlandes Wohl am Herzen liegt, versage ihm seine Stimme nicht.

Die Mehrheit Richter-Lieber-Bebel.

Warum haben die Freisinnigen, das Zentrum und die Sozialdemokraten, warum hat die Mehrheit Richter-Lieber-Bebel im verflossenen Reichstage die notwendige Verstärkung unserer Heeresmacht nicht bewilligen wollen?

Erstens sagten sie: „Die Verstärkung unserer Wehrkraft ist nicht nötig." Eine solche Behauptung ist in jeder Beziehung unverantwortlich. Keiner der genannten Führer kann die geringste Gewähr dafür bieten, daß unser Heer gegenüber den Rüstungen unserer Nachbarn, namentlich in Frankreich, noch stark genug sei, den Frieden zu gebieten, oder, wenn es sein muß, die Feinde aufs Haupt zu schlagen. Wie schon Fürst Bismarck vor drei Jahren die volle Ausnutzung unserer Wehrkraft für erforderlich hielt, so ist von den höchsten Stellen, welche die Verantwortung für die Geschicke des Reichs tragen, namentlich von dem Reichskanzler, den auch der ärgste Widersacher als einen ehrlichen, sachkundigen Mann anerkennen muß, überzeugend nachgewiesen worden, wie gefährlich die Rüstungen unserer Nachbarn im Osten und Westen sind.

Frankreich unterhält ein Friedensheer von 519,000 Mann und hebt nach dem Gesetz von 1889 von jetzt ab jährlich 230,000 Rekruten aus, wir haben eine Friedensstärke von nur 495,000 Mann und stellen jährlich mit Einjährigen nur 195,000 ein. Das macht nach 5, 10 und 20 Jahren einen Unterschied in der Kriegsstärke bis zu einer halben Million Streiter zu unserm Nachteil aus.

Zweitens sagten Richter, Lieber, Bebel: „Wir sind zu arm, um neue finanzielle Lasten auf uns zu nehmen." Von den Gesamtkosten der Kriegsmacht (Heer und Marine) kamen auf den Kopf der Bevölkerung 1892: in Deutschland 13,20 Mark, in Frankreich 21,93 Mark, d. i. in Frankreich mehr 8,73 Mark = 66 pCt! Ist etwa Frankreich um 66 pCt. reicher als wir? Es hat sich seit 1870 wirtschaftlich lange nicht so entwickelt, als Deutschland; so ist z. B. seine Kohlenproduktion seit 1870 gestiegen von 13 auf 25 Mill. Tonnen, also um weniger als 100 pCt., die unsrige dagegen stieg von 32 auf 82 Millionen Tonnen oder um 156 pCt. Nach Prof. Neumann in Tübingen werden in Frankreich an Steuern aller Art (also mit Gemeindeabgaben) 73 Mark, in Preußen, das anders wie Frankreich große Einnahmen aus dem Staatsbesitz an Forsten, Domänen, Bergwerken, Eisenbahnen 2c. bezieht, nur 29 Mark erhoben, Die französischen Ausgaben kommen zu einem Viertel, die deutschen nur zu einem Siebentel auf kriegerische Zwecke. In Bayern werden auf den Kopf (also Kinder eingerechnet) jährlich rund 48 Mark für Bier, in Württemberg 70 Mark für Wein, Most und Branntwein ausgegeben. Und da soll eine Mehrausgabe des Reichs von 1,10 Mark auf den Kopf eine unerschwingliche Last sein? Nein so „arm" sind wir nicht, daß wir unsere jährliche Prämie zur Versicherung gegen Kriegsnöte nicht um 55 Millionen Mark erhöhen und lieber Gefahr laufen sollten, daß uns ein verheerender Krieg in's Land komme.

Obendrein ist die vorgeschlagene Militärvorlage mit großen wirtschaftlichen Vorteilen für den Einzelnen verbunden: Die Fußsoldaten sollen alle nur 2 Jahre dienen, und der Widersinn, daß man junge kräftige Leute im Kriege, weil sie nicht ausgebildet sind, zu Hause läßt, und ältere, wirtschaftlich wertvollere Kräfte und Familienväter vor den Feind stellt, soll abgeschafft werden. Nach Durchführung der Reform können 500,000 ältere Leute, die jetzt alsbald vor den Feind müßten, zu Etappen- und Besatzungsdienst verwendet werden oder ganz zu Hause bleiben. Beide Vorteile sind von Richter und Genossen hoch gepriesen worden, — vor 10 und 20 Jahren nämlich, wie die Reichstagsakten auswisen. Jetzt aber, da die Regierung damit kommt, heißt es: Das ist nicht so viel wert und ist uns zu kostspielig! Sogar im freisinnigen Programm steht: Volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht unter möglichster Abkürzung der Dienstzeit! Hilft nichts — die Mehrheit Richter-Lieber-Bebel macht „unentwegt" Oppositionen!

Wer im Volke eine solche eigensinnige und verhängnisvolle Politik nicht mitmachen will, der rühre sich und helfe für eine bessere Mehrheit im neuen Reichstage sorgen.

Aus der Umgegend.

Wernigerode, den 9. Juni.

-e- **Ein antisemitischer Kandidat für den Reichstag** ist, wie wir hören, in unserem Wahlkreise nun auch aufgestellt worden und zwar ist dies Herr Professor Dr. Förster-Friedenau. Wir haben also fünf Kandidaten.

-e- **Die Feier des Verbandstages** des Kreiskrieger-Verbandes unseres Kreises wird, zufolge Beschluß einer am Sonntag abgehaltenen Delegierten-Versammlung am 18. d. Mts. hier abgehalten werden. Der hier erst vor kurzer Zeit zusammengetretene Verein ehemaliger Gardisten wird auch in den nächsten Tagen dem Verbande beitreten, dem dann mit Ausnahme des Kriegervereins in Langeln alle Militärvereine des Kreises angehören. Das Fest findet im Schützenhause statt und wird auf dem Schützenplatze ein sehr großes Zelt errichtet werden, so daß auch für die Aufführungen am Abend Platz geschafft ist und ein Wechseln des Lokal unnötig wird. Die Vorbereitungen zu dem Feste, welches großartig zu werden verspricht, sind bereits in vollem Gange.

(Nachdruck verboten.)

Aus dem Oberverwaltungsgericht.

Eine wichtige Entscheidung wurde vor dem I. Senat des Oberverwaltungsgerichts in seiner Sitzung vom 3. Juni d. Js. getroffen. Zu den Personen, welche nach § 53 der neuen Landgemeindeordnung nicht zu Gemeindeverordneten gewählt werden dürfen, gehören u. a. auch die Polizei-Exekutiv-Beamten. Aus diesem Grunde wurde gegen die in der Gemeinde Heudeber getroffene Wahl des dortigen Eisenbahn-Stationsassistenten B. zum Mitgliede der Gemeindevertretung Einspruch erhoben, weil ihm die Wählbarkeit fehlte. Die Gemeindevertretung erachtete den Einspruch für begründet und erklärte die Wahl für ungiltig. Gegen diesen Beschluß erhob B. Klage mit dem Antrage auf Aufhebung desselben und Giltigerklärung seiner Wahl. Der Kreisausschuß zu Halberstadt erkannte jedoch auf Abweisung der Klage, und ebenso entschied in der Berufungsinstanz der Bezirksausschuß zu Magdeburg. Derselbe führte aus, daß die Stations-Assistenten, nach dem Bahnpolizei-Reglement ohne Zweifel zu den Bahnpolizeibeamten gehören. Dieselben hätten dem Publikum gegenüber polizeiliche Funktionen auszuüben, wenn auch nicht unbedingt, so doch bezüglich der ihnen in Bahn- und Stationsdienst übertragenen Dienstverrichtungen. Folglich müßten sie zu den Polizei-Exekutivbeamten gerechnet werden, und könnten daher nicht zu Gemeindeverordneten gewählt werden. Auch auf die Revision des Klägers wurde dieses Urteil von dem Oberverwaltungsgericht lediglich bestätigt. Der Gerichtshof nahm auf eine frühere Entscheidung Bezug, in welcher er ausgesprochen hatte, daß auch die Bahnpolizeibeamten zu den nach § 17. der Städte-Ordnung zu Stadtverordneten nicht wählbaren Polizeibeamten zu rechnen sind, und führte im Anschluß daran aus, daß sie ebenso — und zwar sowohl Stationsvorsteher als Stationsassistenten — den nach § 53 L. G. O. von dem Amte eines Gemeindeverordneten ausgeschlossenen Polizei-Exekutivbeamten zugezählt werden müssen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059418930610-14

Politische Tagesschau.

Deutsches Reich.

— **Se. Majestät der Kaiser** wird seine Nordlandsreise in der zweiten Juliwoche antreten. Bestimmungen über den Tag der Abreise und das nähere Reiseprogramm sind noch vorbehalten. Zuvor wird am 7. Juli, dem Tage, an dem der zweite Sohn des Kaisers, **Prinz Eitel Fritz**, das zehnte Lebensjahr vollendet, am Hofe eine besondere Feier stattfinden. Der Prinz tritt an diesem Tage, dem Herkommen gemäß, in die preußische Armee ein. Der Kaiser wird, wie bereits gemeldet, vor der Abreise von Kiel, die Arbeiten des **Nordostsee-Kanals** in Augenschein nehmen, deren Fortgang der Kaiser mit ganz besonderem Anteil gefolgt ist. Die dem großartigen Unternehmen bestimmte Bauzeit wird genau innegehalten und der Kanal in zwei Jahren seiner Bestimmung übergeben werden können.

— **Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Baden** hielt Montag anläßlich des in Offenburg stattgehabten Verbandstages des badischen Militärvereinsverbandes eine **politische Ansprache** an die nach vielen Tausenden zählenden ehemaligen Soldaten. Da seine jüngst in Heidelberg gehaltene Ansprache zu Mißdeutungen Anlaß gegeben, habe er vorgezogen, schriftlich seine Ansicht niederzulegen. Um aus der jetzigen Verwirrung der Anschauungen herauszukommen, sei der gerade Weg der beste. Bei der bevorstehenden Wahl handele es sich um die Verständigung über genügende Verstärkung des deutschen Heeres Angesichts der jetzt stärkeren Gegner. Der einst große Feldherr, Erzherzog Karl von Oesterreich, sagte, Regenten hätten die Aufgabe, alle möglichen Kräfte bei Ausbruch des Krieges aufzubieten, um eine baldige Entscheidung herbeizuführen, denn Krieg sei für eine Nation das größte Uebel. Der große Zweck sei nur durch große Anstrengungen erreichbar, aber groß sei die Belohnung im Dank des Vaterlandes, der Achtung der Zeitgenossen und der Nachwelt, im Selbstgefühl durch Kraftbewußtsein erzeugt. Gehen Sie den geraden Weg der Ehre, wählen Sie nur solche Männer, welche die Macht des deutschen Reiches höher halten als den Parteigeist und die in der Militärvorlage den Weg erkennen, Deutschland vor Demütigung zu bewahren. — Se. Königl. Hoheit der Großherzog beantragte die Absendung eines **Telegramms an Se. Majestät den Kaiser:** Ew. Majestät huldigen in treuer Hingebung die Vertreter aller Gaue des badischen Militärvereins-Verbandes, die zahlreich versammelten Krieger Vereine und das Verbands-Präsidium. Als Protektor derselben bringe Ich Ew. Majestät die Versicherung unserer freudigen Bereitschaft, für des Reiches Wohl und Sicherung einzutreten, wenn der Kaiser zu den Waffen rufen sollte. Mit dreifachen Hurrah bekräftigen wir das Gelöbnis der Treue zum Kaiser und der Liebe zum Vaterland. Minutenlanger tosender Beifall folgte der Verlesung des Telegramms.

— **Die Besserung in dem Befinden des Prinzen Friedrich August von Sachsen** schreitet fort. Aerztliche Berichte werden seit Montag vorm. nicht mehr herausgegeben. Der Prinz wird vorerst noch eine Zeitlang das Zimmer hüten müssen, doch bringt er schon fast den ganzen Tag außerhalb des Bettes zu.

— **Sämtliche Minister des preußischen Staatsministeriums,** wie die gesamten Chefs der Reichsämter werden sich in den letzten Junitagen in Berlin befinden und bis zum Schluß der voraussichtlich kurzen Reichstagstagung hier verweilen. Dann erst werden die einzelnen Leiter der Verwaltungen ihre Urlaubsreisen antreten und zwar so, daß immer mindestens zwei Mitglieder des Staatsministeriums in Berlin anwesend sein werden. Erst im Oktober dürften dann die regelmäßigen Sitzungen des Staatsministeriums wieder beginnen.

— Mit Bezug auf allerlei Erörterungen der demokratischen Presse über angebliche Pläne gegen **das allgemeine Wahlrecht** schreibt ein Berichterstatter verschiedener Blätter: „Jüngst befand sich der Kaiser in einer Gesellschaft bei einem Diplomaten. Hier kam die Unterredung auch auf die Militärvorlage und die Wirkung der Reichstagsauflösung Im Laufe des Gespräches wurde die Anregung gegeben, im schlimmsten Falle das Wahlsystems zu ändern. Der Kaiser hat sich, wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, gegen eine solche Absicht entschieden ablehnend verhalten."

Wie die „Nat. Zeitung" mitteilt, wurde die Aeußerung des Kaisers, die dahin ging, er sei kein Gegner des jetzt bestehenden Wahlrechts, in einer Gesellschaft schon in der ersten Hälfte des Monats Mai gethan. — Die jetzigen Erörterungen über eine angebliche Gefährdung des allgemeinen Wahlrechts sind lediglich zum Zwecke der Wahlagitation angeregt worden.

— **Der Staatssekretär des Reichs-Marineamts** hat nach dem „Reichsanzeiger" durch Verfügung vom 24. Mai d. J. angeordnet, daß, wenn an Bord in außergewöhnlicher Zahl erhebliche **Erkrankungen,** namentlich ansteckender Art, gleichzeitig auftreten, oder wenn Verwundungen in Gefechten vorkommen, seitens des Schiffskommandos — unbeschadet der Berichterstattung an das Oberkommando der Marine — ungesäumt ein **ärztlicher Bericht** an den Staatssekretär einzusenden ist, in welchem die Zahl der Erkrankungen oder Verwundungen, deren Art und Ursache, sowie die zur zweckmäßigen Behandlung, bei ansteckenden Krankheiten die zur Verhütung der Weiterverbreitung derselben ergriffenen Maßregeln mitzuteilen sind.

— **Aus Chicago** wird telegraphiert: „In der **Angelegenheit der Preisverteilung** ist beschlossen worden, 13 Jurys zu bilden, je eine für jede Hauptsektion. In jeder Jury soll ein einziger Experte das betreffende Ausstellungsobjekt prüfen und, falls Widerspruch gegen sein Urteil erhoben wird, eine Spezialkommission hinzutreten." Die Meldung besagt nicht, ob die fremden Kommissionen sich hiermit einverstanden erklärt haben.

— Auf das von dem Offenburger Kriegervereinstage abgesandte Huldigungstelegramm hat **Se. Majestät der Kaiser Wilhelm** der „Karlsruher Zeitung" zufolge mit nachstehendem **Telegramm an den Großherzog von Baden** geantwortet. „Das Gelöbnis treuer opferwilliger Mitarbeitung bestärkt Mich in der Zuversicht, daß, wo es die Sicherheit des Reiches gilt, das Deutsche Volk über die Meinungsverschiedenheiten des Tages hinweg zusammenstehen wird in dem festen Entschluß zu erhalten, was wir in großer Zeit unter thätiger Mitwirkung Eurer Königlichen Hoheit errungen haben."

Rußland und Polen. Das „Journal de St. Petersbourg" bespricht die **Erklärungen des Grafen Kalnoky** in dem Ausschusse für Auswärtige Angelegenheiten der ungarischen Delegation und hebt hervor, die öffentliche Meinung werde mit Befriedigung die Ausführungen Kalnoky's begrüßen, die so ganz dazu geeignet seien, zu beruhigen, indem sie Aufklärung geben über die Grundlagen der gegenwärtigen politischen Situation.

— **Die Ankunft der kaiserlichen Prinzen auf Wilhelmshöhe** soll am 25. Juni erfolgen.

Ausland.

Frankreich. Die **Steuereingänge** sind im Monat Mai d. Js. um 6,092,000 Frks. hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Der Ausfall gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres beträgt 17,307,700 Frks., davon entfallen 8,886,000 Frks. auf die Zölle. — In dem Kriegshafen Toulon ist soeben **ein neues, unterseeisches Torpedoboot,** der „Gustave Zédé", fertiggestellt und der Marineverwaltung übergeben worden. Den Namen trägt das Fahrzeug von seinem Erfinder, der das Problem der unterseeischen Schifffahrt unter allen Schiffsingenieuren der Gegenwart bis jetzt am besten gelöst hat. Nach dem „Goubet" und dem „Gymnote" ist der „Gustave Zédé" das dritte unterseeische Schiff der französischen Kriegsmarine, während ein viertes der „Morse", in Cherbourg sich noch im Bau befindet. Das neue Schiff ist größer als seine Vorgänger, es kann eine Besatzung von 12 Mann aufnehmen. Bewegende Kraft ist die Elektrizität; die Gestalt des Schiffes gleicht derjenigen eines Fisch-Torpedo. Frankreich hat auf dem Gebiete der untermeerischen Schifffahrt einen großen Vorsprung vor allen anderen Staaten.

Großbritannien und Irland. Der Londoner „Standard" äußert gelegentlich einer Besprechung der Kalnokyschen Delegationsrede, **Rußland heuchle** Frankreich gegenüber eine Erkaltung und stellte sich, als ob es sich Oesterreich und damit dem Dreibunde nähere, nur um den deutschen Gegnern der Militärvorlage eine mächtige Handhabe gegen den Kaiser und Caprivi in dem bevorstehenden Wahlkampfe zu liefern; von der Scharfsichtigkeit der deutschen Regierung dürfe aber erwartet werden, daß sie jeden Wechsel in der allgemeinen politischen Lage richtig deuten werde. — **Der Gemeinderat von Dublin** verwarf nach erregten Erörterungen einen Antrag, der Königin Viktoria und dem Thronfolgerpaar anläßlich der Vermählung des Herzogs von York eine Glückwunschadresse zu senden.

Serbien. Nach einer bisher nicht näher beglaubigten Meldung aus Pozarevac ist an Milija Petrovic, einem angesehenen Mitgliede der Fortschrittspartei, nach vorangegangener furchtbarer Verstümmelung **ein Mord verübt** worden, der auf politische Beweggründe zurückgeführt wird. — Der Sohn des ehemaligen Regenten Ristic, welcher Legationssekretär in Paris gewesen und dann zum Postoffizial degradiert worden war, hat seinen Austritt aus dem Staatsdienst erklärt.

Kleine Nachrichten.

-4.- In Nimes platzte vor dem Caféhause auf dem großen Platz **eine Dynamitbombe.** Zwei Personen wurden schwer, sieben leicht verwundet. Der Urheber des Dynamitanschlags wurde verhaftet. — Die großen **Kronwälder in Borisow brennen** seit einigen Tagen und erscheinen, trotz der Bemühungen des Militärs und der Bauern unretbar verloren. Bis jetzt sind gegen 15000 Dreßätmen abgebrannt. — In Nimes platzte bei dem Exerzieren des 19. Artillerie-Regiments im Feuer **ein Bronzegeschütz** älteren Systems bei dem sechsten Schuß. Zwei Offiziere fanden dabei den Tod. — **Ein wirkliches Luftschloß** im wahren Sinne des Wortes wird, wie man uns schreibt, den sogenannten „clou" der im nächsten Jahre stattfindenden Antwerpener Ausstellung bilden. Der von dem Ingenieur Tobiansky entworfene Plan, dessen Ausführung von einer bereits zu Stande gekommenen Aktiengesellschaft in die Hand genommen wird, besteht darin, ein zwanzig Quadratmeter großes, aus Bambusstäben, Stahl und Aluminiumröhren hergestelltes Floß, auf welchem ein palaisartiges Restaurant erbaut ist, durch eine Anzahl von Fesselballons in einer Höhe von 500 Metern über der Erde freischwebend zu erhalten. Durch eine mittels starker Kabeltaue hergestellte, sinnreiche Verankerung wird erzielt, daß das „Luftschloß" selbst bei stärkstem Winde nicht ins Wanken gerät. Zwei kleinere Fesselballons, deren jeder acht bis zehn Personen faßt, werden den Personenverkehr zwischen dem Luftschloß und der Erde besorgen. Die durch das unvermeidliche Entweichen des Gases notwendig werdende Nachfüllung des Ballons erfolgt von der Erde aus durch einen seidenen Schlauch; der jeweilige Gasbestand der einzelnen Ballons wird durch die in dem Wärterhäuschen aufgestellten Manometer angezeigt und eine besondere Vorrichtung ermöglicht es, jeden Ballon für sich zu füllen. Durch gewaltige elektrische Lichtwerfer wird am Abend von dem Luftschlosse aus der Ausstellungsplatz erleuchtet. Mit Hilfe von Dampfwinden kann das ganze Luftschloß innerhalb zehn Minuten zur Erde herabgelassen werden. — **In Frankreich** sind in letzter Zeit fortgesetzt **Cholerafälle** und choleraverdächtige Erkrankungen vorgekommen. Dieselben haben sich namentlich in der Bretagne und im Süden Frankreichs ereignet. Aus dem Departement Morbihan sind seit dem 15. v. M. in 6 Gemeinden 47 Cholerafälle gemeldet worden, von denen 23 Fälle tötlich verliefen. Im Departement Finistere soll die Epidemie seit dem 7. v. M. erloschen sein, wenigstens ist seit diesem Zeitpunkte kein Choleraerkrankungsfall zur Anzeige gelangt. In der Vendée befanden sich am 22. v. M. noch zwei Cholerakranke in Behandlung, neue Fälle waren in letzter Zeit nicht vorgekommen. — Aus dem südlichen Frankreich sind choleraverdächtige Fälle aus Nimes, Lunel, Montpellier, Cette, Toulouse und Frontignan gemeldet worden. Die französische Regierung hat zur näheren Untersuchung dieser Fälle einen Kommissar nach den betroffenen Gegenden entsendet. Auch in Paris ist von etwa zwei Wochen ein choleraverdächtiger Fall vorgekommen. Wenngleich dieser Zustand zu ernsteren Besorgnissen noch keinen Anlaß giebt, so wird doch gerade mit Rücksicht auf den jetzigen Beginn der Reisezeit solchen Personen, welche sich nach Frankreich begeben wollen, immerhin eine gewisse Vorsicht zu empfehlen sein.

Zur Tagesgeschichte.

Braunschweig, 6. Juni. Ein schreckliches Unglück ereignete sich heute Vormittag jenseits des Eisenbüttler Bahnüberganges. Als um 11 Uhr 20 Minuten ein von Goslar kommender Güterzug an der genannten Stelle eingelaufen war und einige Zeit halten mußte, verließ der Zugführer Bertram den Güterzug und wurde, als er denselben wieder zu besteigen im Begriff war, von der Lokomotive des 11 Uhr 23 Min. heranbrausenden Personenzuges aus Hannover erfaßt, überfahren und in schrecklicher Weise verstümmelt. Der Leichnam wurde zur Leichenhalle des herzogl. Krankenhauses geschafft. B. war in Goslar stationiert und hinterläßt eine Frau mit fünf Kindern.

Blankenburg, 5. Juni. (Kreisblatt.) Ein recht trauriges Geschick hat den Koch aus dem hiesigen Hotel zum Heidelberge betroffen. Derselbe hatte vor einigen Tagen beim Schlachten von Schleien das Unglück, sich an einer Hand eine kleine Wunde zuzuziehen. Nach einigen Stunden schwoll dieselbe so stark an und obgleich bald ein Arzt zugezogen und er nach seiner Heimat Halberstadt transportiert wurde, so hatte doch die konstatierte Blutvergiftung bereits so weite Ausbehnung gewonnen, daß ihm in der dortigen Klinik, um das Leben zu erhalten, die Hand hat abgenommen werden müssen.

Calvörde, 6. Juni. Am Sonntag Abend erlegte der hier stationierte Forstaspirant Wilkens einen Rehbock mit so starkem und vollkommen tadellosem Gehörn, wie es die Jägerwelt nur selten zu sehen bekommt. Die Rosen haben einen Durchmesser von 4½ Zentimeter, die Augensprossen eine Länge von 10 Zentimeter. Der Rehbestand im hiesigen herrschaftlichen Forstrevier hat sich in Folge mehrjährigen Schonens wieder sehr gehoben; es sind in diesem Jahre bereits 11 gute Böcke geschossen worden.

Thale, 6. Juni. Am 29. Juni findet hier im „Hotel Zehnpfund" die XXVI. Generalversammlung der Landräte der Provinz Sachsen statt. Zur Beratung kommen die neueren Gesetze. Daran schließt sich ein Essen an. — Am 9. und 10. Juni versammeln sich hier die Alten Herren des Köfener S. C.-Verbandes zu löblichem Thun.

Goslar, 6. Juni. (Nachrichten). Wie bekannt, werden hier vielfach die Pferde des Abends ins Holz geführt, wo sie sich dort bis zum folgenden Morgen selbst überlassen bleiben. Diesem alten Brauche huldigte auch die Witwe des Fuhrherrn Haunschild und hatte gestern Abend ihre Pferde in den Wald führen lassen. Leider wurde jedoch heute früh eines derselben, eine dreijährige Fuchsstute, dortselbst tot aufgefunden; dasselbe war durch eine Kugel, welche wohl dem Laufe eines Wildtiebes entsproßen sein mochte, tot dahingestreckt.

Ballenstedt, 5. Juni. Als gestern Morgen der 9 Uhr-Zug von Quedlinburg kam, war die 79jährige Witwe H. von hier in der Nähe des gelben Hauses mit Gras-Sicheln beschäftigt. Ob dieselbe nun im letzten Augenblicke noch über den Bahndamm eilen wollte, oder ob sie dem Bahndamme zu nahe gekommen war, was wohl nicht aufgeklärt werden wird, kurz, dieselbe wurde von dem Puffer der Maschine so heftig getroffen, daß der Tod augenblicklich eintrat. — Ein 2jähriger Knabe der R. Eheleute war, während seine Mutter mit einem Bekannten vor der Thür sprach, auf den Hof geeilt. Einer unbedeutenden Mistpfütze war er zu nahe gekommen, hinein gefallen und sofort erstickt.

Halberstadt, 5. Juni. (Intelligenzblatt.) Am Sonnabend gegen Abend traf der Arbeiter und Hamstersänger Fr. Giers von hier in Kl. Quenstedter Feldflur seinen Kollegen Buchholz aus Kl. Quenstedt. Dieser soll ihm aus seinen Hamsterfallen zu verschiedenen Malen Hamster ausgelöst und für sich verwertet haben. Bei ihrem Zusammentreffen gerieten Beide in Streit, der bald zu Thätlichkeiten überging, die damit endeten, daß Giers dem Buchholz mit seinem Messer den Hals durchschnitt. Hierauf ging Giers nach Kl. Quenstedt und meldete, daß er den Buchholz erstochen habe und dieser noch auf dem Felde liege. Der Todte wurde darauf ins Dorf geholt und der Thäter nach Halberstadt überführt.

Vom Oberharz, 5. Juni. Die Ebereschen, welche unsere Bergstraßen säumen und im vergangenen Herbst so ungemein reich trugen, wie seit langen Jahren nicht, sind nun, nachdem die Natur hier oben im Hochgebirge sich in junges Grün gekleidet hat, ebenfalls in Blüte getreten, blühen indes nur ganz ganz vereinzelt. Die rotschimmernden Beeren derselben dienen bekanntlich im Herbst als Lockpeise für die Krammetsvögel in den sog. Dohnenstiegen. — Die Fichten prangen jetzt in ihrem frischen, lichten Grün; die jungen Triebe strömen jenen würzigen Harzduft aus, der den Lungen so sehr wohlthut. Der Fruchtansatz derselben ist allerdings nicht sehr reichlich. Um so mehr versprechend ist aber die diesjährige Bucheckern-Ernte, welche von Fachleuten als eine Voll-Ernte bezeichnet wird. Den ärmeren Harzbewohnern wird im Herbst durch das Einsammeln der Bucheckern Gelegenheit zu einem lohnenden Nebenverdienst gegeben.

Nordhausen, 5. Juni. An der Nachricht der „Frkf. Ztg.", daß die Deutsch-Sozialen in Naumburg beabsichtigen, den „Nordh. Kourier" anzukaufen und ihn unter Redaktion des Herrn Dr. Tesdorpf vom 1. Juli ab zum Hauptorgane des Antisemitismus für die Provinz Sachsen zu machen, ist nach dem Naumb. Klsbl. kein wahres Wort.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059418930610-14

An die Wähler

des

13. Hannoverschen Wahlkreises!

Mitbürger!

In ernster folgenschwerer Stunde ergeht an alle vaterlandsliebenden Männer die Aufforderung, durch Ausübung des Wahlrechts wieder einzutreten für die Erhaltung des Friedens und der Machtstellung des Reiches, für die Wahrung bürgerlicher Ordnung und Freiheit, für die nur im Frieden mögliche gedeihliche Förderung der Landwirtschaft, des Bergbaues, des Handels, der Industrie und des Gewerbes.

Es gilt, dem über unsere Schwäche und Uneinigkeit frohlockenden Auslande zu beweisen, daß Deutschlands friedliebende aber wehrhafte Männer nicht gewillt sind, sich in dem von den Franzosen ersehnten Rachekriege schlagen, ausplündern und entehren zu lassen.

Es gilt, den überwiegenden Einfluß von Männern zu beseitigen, die das Parteiinteresse höher stellen, als das Wohl und die Sicherheit des Volkes.

Es gilt, diesen Männern zu zeigen, daß den deutschen Wählern die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht bei zweijähriger Dienstzeit und die dadurch ermöglichte Schonung der älteren, verheirateten Wehrmänner im Falle eines Krieges so vorteilhaft und erstrebenswert erscheinen, daß daneben die durch die neue Militär-Vorlage hervorgerufenen Mehrkosten nicht ins Gewicht fallen können.

Es gilt, dem Kaiser und seinen sachkundigen Ratgebern die Lösung der ihnen von den Vätern übertragenen heiligen Aufgabe zu ermöglichen, die auf Frankreichs Schlachtfeldern mit teuerem deutschen Blute erkauften nationale Güter ungeschmälert uns und unsern Kindern zu erhalten.

Es gilt, alle diejenigen volksfreundlichen Männer zu unterstützen, welche unaufhörlich daran arbeiten, eine Besserung unserer inneren wirtschaftlichen und sozialen Lage herbeizuführen.

Deutsche Wähler!

Ein Mann von oft erprobter Volksfreundlichkeit, von bewährter Reichstreue und Vaterlandsliebe, von parlamentarischer Tüchtigkeit und Gewandheit, der

Herr Oberbergrat Engels in Clausthal,

hat sich bereit finden lassen, dem einhelligen Wunsche der konservativen und nationalliberalen Vertrauensmänner zufolge, eine Kandidatur für unseren Wahlkreis zu übernehmen und sich um die Stimmen **aller patriotischen, Gesetzlichkeit und Ordnung liebenden Wähler in Stadt und Land** zu bewerben.

Herr Oberbergrat **Engels** ist bereits im Jahre 1890 durch das Vertrauen seiner Mitbürger mit Stimmeneinheit in den preußischen Landtag gewählt und hat sich der **freikonservativen Fraktion** angeschlossen.

Er wird für die Annahme der neuen (herabgeminderten) Militärforderung stimmen. Er wird eintreten für die Erhaltung eines freien lebenskräftigen Bauernstandes, für die Förderung von Handel und Gewerbe, für die Ausrottung der Schädlinge im Wirtschaftsleben, für die geistige und materielle Hebung des Angestellten und des Arbeiters.

Mitbürger!

Der 15. Juni ist der Gerichtstag des Volkes. Richtet recht zum Wohle des Vaterlandes! Gebt Euer Urteil ab zum Heile derer, die Eurem Herzen am nächsten stehen, zum Segen jeder ehrlichen Arbeit.

Bleibt fest in der Treue zum Kaiser und Reich! Zeigt Eure Liebe für Ordnung, Freiheit und Recht! Wählt den Mann des allgemeinsten Vertrauens:

Herrn Oberbergrat Engels in Clausthal.

Glück auf zur Wahl!

Die Vertrauensmänner der vereinigten freikonservativen und nationalliberalen Parteien.

Die beste u. billigste Bezugsquelle für

Tapeten u. Borden, Linoleum

deutsche und englische Fabrikate, **Manilla-, Kokos- und Jute-Läufer,** Kokos-Abtreter, Stuckrosetten, Rouleaux-, Gardinen- u. Portièren-Stangen, Wachstuche, Ledertuche, Gummidecken, Unterlagestoffe aller Art ist die **Tapetenhandlung** von

F. C. Heinicke,

vorm. Fr. Nordhausen.

Einziges Spezialgeschäft in **Wernigerode** a. H., Burgstr. 33. Muster stets zu Diensten.

Buchführung.

Einrichtung sowie monatliche Weiterführung der Bücher nach kaufmännischer Art, wie ferner sofortige Beantwortung von daraus gestellten Fragen übernimmt das Handels-Institut **Jul. Morgenstern,** Magdeburg, Jacobs-Tischlerkrugstr.-Ecke. Jeder gewünschten Auskunft sind 2 Mark in Marken beizufügen.

Die

Rübeländer Tropfsteinhöhlen

werden **jeden Sonntag** und an den **Festtagen** von **vormittags 9—1 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr,** an den **Werktagen nach Bedürfnis**

elektrisch beleuchtet.

Das **Knochen-Museum** daselbst ist morgens von 7—12 Uhr und nachmittags von 1—6 täglich geöffnet.

Blankenburg, im April 1893.

Die Direktion der Harzer Werke.

LIEBIG Company's FLEISCH-EXTRACT

NUR ÄCHT J. Liebig

wenn jeder Topf den Namenszug in blauer Farbe trägt.

Liebigs Fleisch-Extrakt dient zur sofortigen Herstellung einer vortrefflichen Kraftsuppe, sowie zur Verbesserung und Würze aller Suppen, Saucen, Gemüse und Fleischspeisen und bietet, richtig angewandt, neben grosser Ersparnis ausserordentlicher Bequemlichkeit das Mittel zu im Haushalte. Vorzügl. Stärkungsmittel für Schwache und Kranke.

Regierungsbezirk Hildesheim.

Oberförsterei Elend im Harz.

Holzverkauf

Freitag, den 16. Juni 1893

im Holzhausen'schen Gasthofe zu **Königshof.**

Anfang ½10 Uhr vorm.

Forstort Kunkel, Distr. 78d, 79b (Schläge.) Forstort Ramse, Distr. 60c, 61a, 63c, 76a, Amkenberg, Distr. 83c, Stöltingshai, 123ab, 124c, Forstort Kramershai, Distr. 173ab, Schreiberberg, 126d (Durchforstungen).

Fichten: Langnutzholz I. Kl. zirka 17 fm, II. Kl. 163 fm, III. Kl. 1089 fm, IV. Kl. 1010 fm, V. Kl. 840 fm, Derbholzstangen I. Kl. 1897 Stück, II. Kl. 2193 Stück, III. Kl. 1737 Stück. Nutzscheit II. Kl. 55 rm.

Erlen: 27 rm Nutzscheit II. Kl. und 52 rm Nutzknüppel. Außerdem 1,13 fm Eschen und Ahorn Langnutzholz V. Kl. und 61 rm Buchen-Brennholz.

Entfernung vom Bahnhof Rothehütte 8—12 km.

Braunschweiger Spargel,

täglich frisch gestochen, prima 70, mittel 50, dritte 30 Pfg. pro Pfd. versendet gegen Nachnahme **Johs. Legband,** Braunschweig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059418930610-14

Durch die Geburt eines gesunden, kräftigen Jungen wurden hocherfreut

Elbingerode, den 9. Juni 1893.

K. Kaiser u. Frau

Diejenigen im Landwehrbezirk Hildesheim ansässigen invaliden Mannschaften vom Feldwebel ꝛc. abwärts, welche auf Grund des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 als Invaliden anerkannt sind und welche beziehen:

1. die Kriegszulage von 6 Mark monatlich; oder
2. die Zulage für Nichtbenutzung des Civil-Versorgungsscheines von 9 Mark monatlich am Kriege 1870—71, oder an einem Kriege vor 1870—71 Theil genommen haben oder seit diesem Kriege durch eine militärische Aktion oder durch Seereisen invalide geworden sind und sich nicht im Genusse einer Verstümmelungszulage befinden; oder
3. auf Grund des § 84 und 85 des Gesetzes vom 27. Juni 1871 einer Klasseneinschränkung hinsichtlich des Pensionsbezuges unterliegen, d. h. solche, welche erst nach Ablauf der auf den Friedensschluß folgenden 3 Jahre ihre Versorgungsansprüche geltend gemacht haben und daher eine geringere Pension beziehen als wie sie erhalten haben würden, wenn sie rechtzeitig Pensionsansprüche erhoben hätten,

werden hierdurch aufgefordert, sich unter Vorlage ihrer Militärpapiere und der erhaltenen Bescheide baldigst beim Bezirkskommando Hildesheim zu melden.

Hierbei bemerkt das Bezirkskommando ausdrücklich, daß etwaige Anträge auf Anerkennung an das Kriegsministerium seitens der betheiligten Personen nicht zu stellen sind.

Hildesheim, den 1. Juni 1893.

Kern,
Major z. D. und Bezirks-Kommandeur.

Elbingerode, den 8. Juni 1893.

Vorstehendes wird hiermit den Betheiligten zur Kenntniß gebracht.

Der Magistrat.
Hanff

Elbingerode, den 1. Juni 1893.

Bekanntmachung.

Die am 13. Mai d. J. stattgehabte Stierköhrung hat bezüglich der hiesigen Stadt folgendes Ergebniß gehabt:

Die 3 Stiere des Oekonomen Emil Just hierselbst und zwar die zwei 3½ jährigen dunkelbraunen Stiere und der 1½ jährige braune Stier (Harzrace) sind für zulässig und als gut gehalten erklärt worden.

Vorstehendes wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Der Magistrat.
Hanff.

Zwangsversteigerung

Dienstag den 13 Juni cr., Vormittags 11 Uhr, werde ich in der Gastwirthschaft des Herrn Friedrich Roebbeling in Königshof

2 Schweine und 5 komplette Betten

gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigern.

Wernigerode, den 8. Juni 1893.

Fettback,
Gerichts-Vollzieher.

Zwangsversteigerung.

Dienstag den 13. Juni cr., Nachmittags 1 Uhr, werde ich in der Gastwirthschaft des Herrn Hahne in Rothehütte

2 Kommoden, 1 einthürigen Kleiderschrank, 1 Schreibsekretär, 1 Sopha, 1 Tisch 1 Glasservante, 1 gr Spiegel, 1 Regulateur-Uhr, 2 komplette Betten, 4 Hirschgeweihe, 1 Waschtoilette, 1 Nachtkommode, 1 Waschtisch und 1 zweithür. Kleiderschrank

gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigern.

Wernigerode, den 8. Juni 1893.

Fettback,
Gerichts-Vollzieher.

Dem geehrten Publikum von Rothehütte und Umgegend theile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich mich in Rothehütte, im Hause des Herrn Heinrich Lehne als Schuhmacher niedergelassen habe.

Hermann Fischer,
Schuhmacher.

General-Versammlung

der

Gesellen-Krankenkasse

Freitag den 16 Juni d. Js., Abends 8½ Uhr

bei Herrn Gastwirth Saatzen.

Geladen werden sämmtliche Kassenmitglieder, sowie deren Arbeitgeber.

Tagesordnung:

1. Feststellung der großjährigen und minderjährigen Kassenmitglieder,
2. Beschlußnahme über Vorschriften betreff Mahnverfahren der bei rückständigen Beiträgen zu entrichtenden Mahngebühr,
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Reichstagswahl.

Sonnabend den 10. Juni cr., Abends 8 Uhr,

im Saale des Hotels zum Blauen Engel

wird unser bisheriger Reichstagsabgeordneter, der Landwirth

Herr von Minningerode

zu seinen Wählern sprechen und seine Stellungnahme, welche derselbe im Reichstage einnimmt, seinen Wählern gegenüber klarlegen.

Es ist sehr erwünscht, daß alle Parteifreunde erscheinen. Auch sind Anhänger anderer Parteien als Gäste sehr willkommen

Das Wahlkomite der Deutsch-Hannoverschen Partei.

Kurhotel Waldhof.

Meine

BADEANSTALT

ist jeden Sonnabend Nachmittag und Sonntags geöffnet und empfehle ich dieselbe zur regen Benutzung. Im Abonnement ermäßigte Preise.

E. Niewerth.

Schützenfest Rübeland.

Sonntag den 11., Montag den 12. und Dienstag den 13 Juni findet unser **diesjähriges Schützenfest** statt, wozu wir hierdurch freundlichst einladen.

Der Vorstand der Rübeländer Schützengesellschaft.

Muster franco!

Für 80 Pfennig Stoff zu einer eleganten Weste mit Seide durchwirkt.

Für 1 Mk. 80 Pf. 1 Meter 20 cm. Buckskin, weiß u. gestreift zu einem Beinkleid.

Für 4 Mark 50 Pfg 3 Meter Excelsior-Diagonal zu einem modernen Anzug.

Für 6 Mark 6 Meter englisch Leder zu einem vollständigen Anzug. (Kräftige Qualität.)

Franco erhält Jedermann auf Verlangen **die neuesten Muster** von Tuch, Buckskin, Kammgarn, Cheviots, Paletotstoffen und Damentuchen!

Tuchausstellung Augsburg Wimpfheimer & Co.

Ueberraschend schöne und grosse Auswahl. Wirklich billige Preise.

Vortheilhaft für Jeden sich die Muster kommen zu lassen, somit hierdurch keinerlei Verpflichtung zum Kaufen entsteht.

Hochfeine Kastorie Qualitäten von 4 bis 12 Mk. — Prima Kammgarn für Röcke und Paletots. — Livrée-Feuerwehr-Billard-, Forst- u. schwarz Tuche. — Wasserdichte Stoffe per Meter Mk. 4

5 Meter Damentuch in allen Farb. zu Kleide 6 Mk. — Doppbr. reinwollener Cachemire von M. 1.30 an. — Damenloden, Winter-Damen-Stoffe, Herrenstoffe, Paule, Crolade.

Für 13 Mark 50 Pfg. 3 Meter ein modernen Lord-Cheviot zu ein Promenaden-Anzug, elegant, gefertigt und Futter u. Salz

Für 19 Mark 50 Pfg. 3 Meter doppelbreites Kammgarn in einem gediegenen Schoenfärbung.

Schwerer Loden, doppelbr. das Meter 1 Mk. 80 Pf.

Damen-Regenmantelstoffe von Mark 1.50 an.

Für 3 Mark 1 Meter 15 cm. Imitations Kammgarn zu einem Beinkleid, neuest. Dessins.

Für 7 Mk 50 Pf. 3 Meter marineblauen Cheviot zu einem elegant., dauerhaften Anzug.

Aufträge von 5 Mark an franco!

Oeffentlicher Gottesdienst.

Elbingerode.	Hüttenorte.
2 Sonntag n Trinitatis:	
Vorm. 9½ Uhr Predigt P. sec. Zettel.	Rothehütte Vorm. 9 Uhr Beichte 9½
Nachm. 1½ Uhr Katechis. P. sec. Zettel.	Uhr Predigt P. prim. Greve.
Casualien: P. sec. Zettel.	Königshof —
	Elend —

Mittwoch den 14. Juni d. J., Nachmittags von 4 bis 6 Uhr, werden im Restaurant „Zu den Birken" Grasgettel zu 2 Mark, Beerenzettel zu 5 Pfg. und Kräuterzettel zu 50 Pfg für das Wernigeröder Forstrevier ausgegeben.

Der Oberförster.
Schmidt.

Bekanntmachung.

Allen Theilnehmern der Wahlversammlung der deutsch-freisinnigen Partei am 3. d. Mts. beehre ich mich folgendes ergebenst mitzutheilen:

Obwohl ich die mir von dem Kaufmann und Bürgervorsteher Wilhelm Becker zu Elbingerode durch die Worte **„Er wolle mich Lügen strafen"** zugefügte Beleidigung überhaupt nicht oder mindestens nicht tief empfunden habe — dies ist schon dadurch klar, daß ich nicht im Mindesten auf dieselbe reagiert habe, so habe ich Schritte gethan, um event. gegen den p. Becker Privatklage wegen öffentlicher Beleidigung zu erheben.

Goslar, den 7. Juni 1893.

Quensell,
Stadtsyndikus.

Für Zahnbedürftige

bin ich

Sonnabend den 10. Juni

in Elbingerode, Hotel Zum goldenen Adler (A. Müller) von Morgens 9—6 Uhr Abends zu sprechen.

K. Gellert, Wernigerode.
Burgstraße 47,
Institut für künstliche Zähne, Plomben und schmerzlose Zahnoperationen.

Schwarze, gelbe und rothe Platten zum Belegen der Hausflure, rothe Fliesen, deutsche und englische Chamottsteine, rothe und gelbe Mauersteine, Cement, Carbolineum

empfiehlt W. Kuthe

Zwangsversteigerung.

Dienstag den 13. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr, versteigere ich in der Wohnung des Wilhelm Becker zu Königshof

1 Schlitten mit Horden, 6 leere Heringstonnen, 1 Futterkasten, 2 Kleiderschränke, 1 Sopha, 1 Stuhl, 1 Waschtisch, 1 kleinen Tisch

gegen sofortige Baarzahlung.

Sammelplatz: der frühere Melcherfche Gasthof zu Königshof Vorm. 10¾ Uhr.

Indersleben,
Ger.-Vollz. in Wernigerode.

Ein zweistöckiges Wohnhaus nebst Stall mit Scheune und Garten steht zum Verkauf. Näheres in der Exped. d. Bl.s.

Kinderschürzen von 70—1,10 pro Stück, Frauenschürzen von 110—150 Pfg. pro St. Beiderwandschürzen 1 Mk (fertig gearbeitet), Barchendhemden 1,80 Pfg. pro Stück, schw. Chemisetts von 60—80 Pfg. pro Stück, Hosenträger von 50—125 Pfg. pro Paar, Kinderträger von 25—40 Pfg. pro Paar, Wolle 250—300 Pfg. pro Pfund, liefert sehr billig

Rothehütte. Carl Heyder.

Eine freundliche Wohnung (obere Etage), bestehend aus 2 Stuben, 3 Kammern, Vorplatz, Küche und Bodenraum, ist zu vermiethen. Zu erfragen in der Exped. d. Blts.

Einen schon gebrauchten, aber noch sehr gut erhaltenen Schweinskoben haben billig abzulassen Gebr. Ehrt.

Drahtwaaren und Bürstenwaaren liefert billig

Rothehütte **Carl Heyder.**

Eine junge Ziege und Lamm ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Blts.

Eine freundliche Wohnung ist an stille Leute zu vermiethen. Zu erfragen in der Exped. d. Blts.

Redaktion, Druck und Verlag von B. Angerstein in Elbingerode.

Hierzu 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059418930610-14

Der Harz-Bote.

Amtliches Blatt der Stadt Elbingerode und Umgegend.

Erscheint wöchentlich zwei mal, Mittwochs und Sonnabends. — Abonnements-Preis vierteljährlich 1 Mark — durch die Kaiserliche Post bezogen 1 Mark 25 Pfg.
Corpuszeile oder deren Raum 10 Pfg. nach Auswärts 15. — Anzeigen für die nächste Nummer werden in der Buchdruckerei in Elbingerode, in Wernigerode bei B. Angerstein bis Montags und Donnerstags, abends 7 Uhr, angenommen.

Nr. 46. **Sonnabend, den 10. Juni** **1893.**

Zur Reichstagswahl.

⊙ **Elbingerode,** 6. Juni. In der Zeit des Wahlkampfes, in welchem wir uns jetzt befinden, wird es nicht unangemessen sein, noch einmal auf die beiden bisher am hiesigen Orte stattgefundenen Wahlversammlungen zurückzukommen. Am Sonnabend, den 3. Juni hielt der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, Herr Stadtsyndikus Quensel aus Goslar im Liebetrut'schen Saale eine Ansprache an die Wähler unserer Stadt. Die Rede, der Form nach ungewandt, war auch in Rücksicht auf den Inhalt äußerst dürftig. Man merkte es dem Redner an, daß er den Stoff nur mangelhaft beherrschte, denn anderenfalls hätten die einzelnen Punkte wohl mit größerer Klarheit vorgebracht und der Zusammenhang besser gewahrt werden können. Geradezu unangenehm berührten die persönlichen Angriffe, welche Herr Quensel gegen den Fürsten Bismarck, gegen den Herrn Oberbergrat Engels und gegen die Landwirte des Goslarer Bezirks richtete. Auch mag nicht unerwähnt bleiben, daß die Rechenexempel, welche vom Redner zwecks Erhärtung seiner Deduktionen ausgeführt wurden, nach dem Dafürhalten mehrerer hiesiger Bürger nicht ganz zutreffend waren. Alle diese Umstände kamen zusammen, um die Rede vollkommen wirkungslos zu machen. Etwaige Einwände von seiten der Zuhörer wurden durch ein vorzeitiges Schließen der Versammlung vorsichtigerweise verhütet. —

Der klägliche Verlauf der freisinnigen Wahlversammlung hatte jedoch das Gute, daß er einen sehr wirkungsvollen Hintergrund für die Wahlversammlung des folgenden Tages abgab. Am Sonntag, den 4. Juni hatten wir das Vergnügen, Herrn Oberbergrat Engels, den Kandidaten der vereinigten konservativ-nationalliberalen Wähler des dreizehnten hannoverschen Wahlkreises zu hören. Nachdem die Versammlung von Herrn Bürgermeister Hanff durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnet war, entwickelte Herr Oberbergrat Engels in einer längeren Rede seine Stellung zur Militärvorlage, sowie zu verschiedenen anderen Fragen, deren Lösung die Aufgabe des neuen Reichstages sein wird. Was die Militärvorlage betrifft, so trat der Redner für den Antrag Huene ein, welchen ja auch die Regierung zu dem ihrigen gemacht hat. Die numerische Ueberlegenheit der französisch-russischen Armee mache eine Verstärkung des Heeres unbedingt notwendig. Der Dreibund sei zwar in Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens nicht zu unterschätzen, gäbe aber dem deutschen Volke im Kriegsfalle keinerlei Garantie. Dasselbe müsse auch allein wehrhaft genug sein, um beiden Gegnern im Notfalle die Spitze bieten zu können. Die Ablehnung der Militärvorlage könne im Kriegsfalle das größte Unglück über unser Vaterland heraufbeschwören. Was uns im Falle eines unglücklichen Krieges bevorstehe, gehe aus den französischen und russischen Blättern deutlich hervor. Besonders aber würde der kleine Mann unter der Kriegsnot zu leiden haben; denn er sei nicht im Stande, sein Hab und Gut ins Ausland zu retten und daher der Willkür des Feindes völlig preisgegeben. Die Mehrkosten, welche eine Verstärkung der Armee im Sinne der Lex Huene fordern würde, würden sich auf etwa 65 000000 Millionen belaufen. Die Regierung habe diese Kosten durch eine Bier-, Branntwein- und Börsensteuer decken wollen, doch sei eine weitere Besteuerung des Bieres und des Branntweins nicht zu empfehlen, da alsdann die kleineren Betriebe mit den größeren nicht mehr konkurrieren könnten. Eine Börsensteuer sei dagegen ganz berechtigt, vor allem seien alle Spekulationsgeschäfte mit einer Steuer zu belegen. Auch eine Luxussteuer würde sehr angebracht sein. Der Vorwurf, welcher der Regierung gemacht werde, daß das stehende Heer alle Staatseinnahmen verschlinge und für andere Kulturaufgaben nichts übrig bleibe, sei entschieden zurückzuweisen. Große Summen seien z. B. auch für die Volksschule ausgegeben. Was in Deutschland seit 1872 für die Armen aufgewandt sei, stehe außerdem in gar keinem Verhältnis zu dem, was in Frankreich und Rußland zu gleichem Zweck aufgewandt sei. In Betreff der zweijährigen Dienstzeit führte der Redner aus, daß dieselbe besonders aus dem Grunde zu empfehlen sei, weil in Folge der zahlreicheren Ausbildung bald eine genügende Anzahl jüngerer Mannschaften vorhanden sein werde und folglich auch die älteren Jahrgänge, also vor allem auch die der Landwehr angehörigen Familienväter, immer mehr nur in einem wirklichem Notfalle zurückgegriffen werden würde. Weiter sprach sich der Redner über seine Stellung zu den Handelsverträgen aus. Er sprach denselben hauptsächlich eine hohe politische Bedeutung zu, besonders sei ein Handelsvertrag mit Rußland für die Anbahnung besserer Beziehungen mit unserem östlichen Nachbarn von großer Wichtigkeit. Doch seien die politischen Rücksichten allein nicht maßgebend, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen, wie denen des Gewerbes und der Landwirtschaft, müsse Rechnung getragen werden. Nach der Entwicklung seines Parteiprogramms wandte sich der Redner an die etwa anwesenden Mitglieder anderer Parteien. Zunächst machte er darauf aufmerksam, daß es eine deutschfreisinnige Partei nicht mehr gebe, sondern nur eine sogerannte freisinnige Volkspartei und eine freisinnige Vereinigung. Die eine Stimme für, die andere gegen die Militärvorlage. Beiden müsse zum Vorwurf gemacht werden, daß sie im Dienst des jüdischen Kapitals ständen. In betreff der welfischen Partei schien es ihm bedenklich, daß der hannoversche Adel sich den Ultramontanen angeschlossen habe, denen das „katholisch" über das „deutsch" gehe. Er verdanke es zwar keineswegs einem Althannoveraner, wenn er für die Erhaltung der alten, bewährten hannoverschen Einrichtungen im Staate und seinem angestammten Fürstenhause die Anhänglichkeit bewahre; aber augenblicklich handle es sich um höhere, als nur tribunale, um deutsche Interessen, und da müßten alle anderen Regungen schweigen. Mit sehr passenden Worten wurden die Sozialdemokraten abgethan. Redner entwarf ein Bild von dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat, der unsere modernen Zuchthäuser noch an Beschränkung der persönlichen Freiheit übertreffe, und wies darauf hin, daß durch die Verwirklichung der Phantasien eines Bebel und Genossen Alles das untergraben würde, was dem Menschen jetzt das Leben erträglich und angenehm mache. Die Rede schloß mit der nochmaligen Aufforderung bei der bevorstehenden Wahl allein das allgemeine deutsche Interesse im Auge zu behalten und aller Nebenrücksichten zu vergessen.

Nach Schluß der Rede sprach Herr Bergrat Schultheiß-Rothehütte dem Redner den Dank der Anwesenden aus in Gestalt eines dreifachen Hochs, in welcher die Versammlung begeistert miteinstimmte. Nicht zum wenigsten war der Beifall, welchen die Rede des Herrn Oberbergrat hervorrief, die Folge seiner überaus klaren und rein sachlichen Behandlung des Thema: Man gewann die Ueberzeugung, daß der Redner sich eingehend mit den verschiedenen Vorlagen beschäftigt hat und reichlich bemüht gewesen ist, sich lediglich vom Standpunkt des Volkswohles aus ein Urteil zu bilden. Herr Oberbergrat Engels gehört nicht, wie er selbst in seiner Rede bemerkte, der äußersten Rechten der Konservativen an, sondern ist freikonservativ d. h. an kein bestimmtes Parteiprogramm gebunden. Gerade diese freiere Stellung wird es ihm ermöglichen, den mannigfachen Interessen unseres Volkes gerecht zu werden, wem des Vaterlandes Wohl am Herzen liegt, [illegible] seine Stimme nicht.

Die Mehrheit Richter-Lieber

Warum haben die Freisinnigen, das [illegible] die Sozialdemokraten, warum hat die Mi[illegible] Lieber-Bebel im verflossenen Reichstage [illegible] Verstärkung unserer Heeresmacht nicht bew[illegible]

Erstens sagten sie: „Die Verstärkung [illegible] kraft ist nicht nötig." Eine solche Behaupt[illegible] Beziehung unverantwortlich. Keiner der ge[illegible] kann die geringste Gewähr dafür bieten, d[illegible] gegenüber den Rüstungen unserer Nachbarn, [illegible] Frankreich, noch stark genug sei, den Frieden [illegible] oder, wenn es sein muß, die Feinde aufs Ha[illegible] Wie schon Fürst Bismarck vor drei Jahren [illegible] nutzung unserer Wehrkraft für erforderlich h[illegible] den höchsten Stellen, welche die Verantw[illegible] Geschicke des Reichs tragen, namentlich vo[illegible] kanzler, den auch der ärgste Widersacher a[illegible] lichen, sachkundigen Mann anerkennen muß[illegible] nachgewiesen worden, wie gefährlich die Rü[illegible] Nachbarn im Osten und Westen sind.

Frankreich unterhält ein Friedensheer [illegible] Mann und hebt nach dem Gesetz von 188[illegible] jährlich 230,000 Rekruten aus, wir haben [illegible] stärke von nur 495,000 Mann und stelle[illegible] Einjährigen nur 195,000 ein. Das mach[illegible] und 20 Jahren einen Unterschied in der [illegible] zu einer halben Million Streiter zu unsern [illegible]

Zweitens sagten Richter, Lieber, Bebel: „Wir sind zu arm, um neue finanzielle Lasten auf uns zu nehmen." Von den Gesamtkosten der Kriegsmacht (Heer und Marine) kamen auf den Kopf der Bevölkerung 1892: in Deutschland 13,20 Mark, in Frankreich 21,93 Mark, d. i. in Frankreich mehr 8,73 Mark = 66 pCt! Ist etwa Frankreich um 66 pCt. reicher als wir? Es hat sich seit 1870 wirtschaftlich lange nicht so entwickelt, als Deutschland; so ist z. B. seine Kohlenproduktion seit 1870 gestiegen von 13 auf 25 Mill. Tonnen, also um weniger als 100 pCt., die unsrige dagegen stieg von 32 auf 82 Millionen Tonnen oder um 156 pCt. Nach Prof. Neumann in Tübingen werden in Frankreich an Steuern aller Art (also mit Gemeindeabgaben) 73 Mark, in Preußen, das anders wie Frankreich große Einnahmen aus dem Staatsbesitz an Forsten, Domänen, Bergwerken, Eisenbahnen 2c. bezieht, nur 29 Mark erhoben, Die französischen Ausgaben kommen zu einem Viertel, die deutschen nur zu einem Siebentel auf kriegerische Zwecke. In Bayern werden auf den Kopf (also Kinder eingerechnet) jährlich rund 48 Mark für Bier, in Württemberg 70 Mark für Wein, Most und Branntwein ausgegeben. Und da soll eine Mehrausgabe des Reichs von 1,10 Mark auf den Kopf eine unerschwingliche Last sein? Nein so „arm" sind wir nicht, daß wir unsere jährliche Prämie zur Versicherung gegen Kriegsnöte nicht um 55 Millionen Mark erhöhen und lieber Gefahr laufen sollten, daß uns ein verheerender Krieg in's Land komme.

Obendrein ist die vorgeschlagene Militärvorlage mit großen wirtschaftlichen Vorteilen für den Einzelnen verbunden: Die Fußsoldaten sollen alle nur 2 Jahre dienen, und der Widersinn, daß man junge kräftige Leute im Kriege, weil sie nicht ausgebildet sind, zu Hause läßt, und ältere, wirtschaftlich wertvollere Kräfte und Familienväter vor den Feind stellt, soll abgeschafft werden. Nach Durchführung der Reform können 500,000 ältere Leute, die jetzt alsbald vor den Feind müßten, zu Etappen- und Besatzungsdienst verwendet werden oder ganz zu Hause bleiben. Beide Vorteile sind von Richter und Genossen hoch gepriesen worden, — vor 10 und 20 Jahren nämlich, wie die Reichstagsakten auswiesen. Jetzt aber, da die Regierung damit kommt, heißt es: Das ist nicht so viel wert und ist uns zu kostspielig! Sogar im freisinnigen Programm steht: Volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht unter möglichster Abkürzung der Dienstzeit! Hilft nichts — die Mehrheit Richter-Lieber-Bebel macht „unentwegt" Opposition!

Wer im Volke eine solche eigensinnige und verhängnisvolle Politik nicht mitmachen will, der rühre sich und helfe für eine bessere Mehrheit im neuen Reichstage sorgen.

Aus der Umgegend.

Wernigerode, den 9. Juni.

-e- **Ein antisemitischer Kandidat für den Reichstag** ist, wie wir hören, in unserem Wahlkreise nun auch aufgestellt worden und zwar ist dies Herr Professor Dr. Förster-Friedenau. Wir haben also fünf Kandidaten.

-e- **Die Feier des Verbandstages** des Kreiskrieger-Verbandes unseres Kreises wird, zufolge Beschluß einer am Sonntag abgehaltenen Delegierten-Versammlung am 18. d. Mts. hier abgehalten werden. Der hier erst vor [illegible] getretene Verein ehemaliger Gar[illegible] nächsten Tagen dem Verbande [illegible] Ausnahme des Kriegervereins [illegible] reine des Kreises angehören. [illegible] hause statt und wird auf dem [illegible] ßes Zelt errichtet werden, so [illegible] ngen am Abend Platz geschafft [illegible] okal unnötig wird. Die Vor[illegible] welches großartig zu werden [illegible] ollem Gange.

(Nachdruck verboten.)

[illegible]verwaltungsgericht.

[illegible] ung wurde vor dem 1. Senat [illegible] in seiner Sitzung vom 3. Juni [illegible] Personen, welche nach § 53 der [illegible] nicht zu Gemeindeverordneten [illegible] ehören u. a. auch die Polizei[illegible] sem Grunde wurde gegen die in [illegible] offene Wahl des dortigen Eisen[illegible] zum Mitgliede der Gemeinde[illegible] weil ihm die Wählbarkeit fehlte. [illegible] tete den Einspruch für begründet [illegible] ngiltig. Gegen diesen Beschluß [illegible] ntrage auf Aufhebung desselben [illegible] Wahl. Der Kreisausschuß zu [illegible] auf Abweisung der Klage, und [illegible] fungsinstanz der Bezirksausschuß [illegible] führte aus, daß die Stations[illegible] hnpolizei-Reglement ohne Zweifel zu den Bahnpolizeibeamten gehören. Dieselben hätten dem Publikum gegenüber polizeiliche Funktionen auszuüben, wenn auch nicht unbedingt, so doch bezüglich der ihnen in Bahn- und Stationsdienst übertragenen Dienstverrichtungen. Folglich müßten sie zu den Polizei-Exekutivbeamten gerechnet werden, und könnten daher nicht zu Gemeindeverordneten gewählt werden. Auch auf die Revision des Klägers wurde dieses Urteil von dem Oberverwaltungsgericht lediglich bestätigt. Der Gerichtshof nahm auf eine frühere Entscheidung Bezug, in welcher er ausgesprochen hatte, daß auch die Bahnpolizeibeamten zu den nach § 17. der Städte-Ordnung zu Stadtverordneten nicht wählbaren Polizeibeamten zu rechnen sind, und führte im Anschluß daran aus, daß sie ebenso — und zwar sowohl Stationsvorsteher als Stationsassistenten — den nach § 53 L. G. O. von dem Amte eines Gemeindeverordneten ausgeschlossenen Polizei-Exekutivbeamten zugezählt werden müssen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059418930610-14